

Münster, den 17.08.2023

## **Neue Maßnahmen im Kampf gegen Umweltkriminalität: NRW gründet Zentralstelle Umweltkriminalität (ZeUK) in Dortmund**

Im Bemühen, die Bekämpfung der Umweltkriminalität zu intensivieren und den Umweltschutz zu stärken, verkündet die Landesregierung Nordrhein-Westfalen die Einführung der Zentralstelle Umweltkriminalität (ZeUK) in Dortmund.

Die ZeUK wird eine landesweite Zuständigkeit für bedeutende Umweltstrafverfahren übernehmen und somit eine ähnliche Rolle wie bestehende Einrichtungen für Terrorismus, Cybercrime und Organisierte Kriminalität in NRW einnehmen. Ausgestattet mit einem Budget, das die Schaffung von 18 spezialisierten Stellen ermöglicht, darunter acht Staatsanwält\*innen sowie zwei Oberstaatsanwält\*innen, wird die ZeUK den Herausforderungen der zunehmend komplexen Umweltkriminalität gerecht werden.

Die Entscheidung zur Gründung der ZeUK erfolgte nach sorgfältigen Anhörungen von Fachressorts, Staatsanwaltschaften und Personalvertretungen. Noch in diesem Jahr wird die Justiz in NRW mit dem Aufbau der Zentralstelle beginnen, um effiziente Strafverfolgung und gezielten Schutz der Umwelt zu gewährleisten.

Parallel zur Einführung der ZeUK wird beim Landeskriminalamt eine Koordinierungsstelle Umweltkriminalität etabliert.

*"Die Gründung der Zentralstelle Umweltkriminalität ist ein entscheidender Schritt auf unserem Weg zu einer nachhaltigeren Zukunft. Wir erhöhen die Effektivität der Strafverfolgung bei Umweltverbrechen und stärken gleichzeitig das Bewusstsein für den Umweltschutz. Dies ist eine Aufgabe, die über die Landesgrenzen hinausgeht und eine koordinierte Anstrengung erfordert",* erklärt **Dorothea Deppermann**, Grüne MdL für Münster und Coesfeld.